

Wort der Süddeutschen Jährlichen Konferenz an die Gemeinden zum Krieg im Kosovo

Erleichtert und dankbar über das Ende des Krieges im Kosovo und zugleich erschrocken über die grausamen Realitäten dieses Krieges mitten in Europa richten wir dieses Wort an unsere Gemeinden:

Was in den "Sozialen Grundsätzen" unserer Kirche zu *Krieg und Frieden* steht, zeigt gerade angesichts des Krieges im Kosovo neu seine Aktualität und Bedeutung:

"Wir glauben, dass Krieg mit der Lehre und dem Beispiel Christi unvereinbar ist. Wir verwerfen deshalb den Krieg als Instrument der Politik. Wir bestehen darauf, dass es die wichtigste moralische Pflicht aller Staaten ist, alle zwischen ihnen aufkommenden Konflikte mit friedlichen Mitteln zu regeln."

Wir sehen das Dilemma, dass Vertreibung und Völkermord mit der Lehre Christi genauso unvereinbar sind und verhindert werden müssen. Manche von uns hielten aus diesem Grund das Eingreifen der NATO für gerechtfertigt.

Doch der Rückzug der serbischen Truppen und das Ende der Bombardierungen dürfen nicht vortäuschen, dass nun der Friede gewonnen sei und alles gut wird. Das Ausmaß der Zerstörungen im Kosovo und in Serbien ist noch kaum anzusehen, Minen und Sprengsätze werden zur tödlichen Falle, Hass, Angst und Rachegefühle vergiften das Denken und Fühlen der Menschen und führen zu neuen Gewalttaten und drängen Menschen wieder zur Flucht

Deshalb sagen und hoffen wir:

- Es darf nicht wieder geschehen, dass Gewalt und Unterdrückung so lange ignoriert werden, bis anscheinend nur noch militärische Mittel zur Verfügung stehen.
- Es darf nicht wieder geschehen, dass für zivile Konfliktlösungswege und soziale Entwicklungsprogramme kein Geld vorhanden ist, doch Milliarden für einen Bombenkrieg zur Verfügung stehen.
- Es darf nicht wieder geschehen, dass militärische Strategien in so hohem Maße auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen werden, wie es in diesem Krieg die albanische und serbische Bevölkerung erfahren musste.
- Es darf nicht wieder geschehen, dass aus strategischen Interessen einer Supermacht oder anderen Gründen die UNO als globale Ordnungsmacht und Konfliktbewältigungseinrichtung übergangen und an den Rand gedrängt wird.
- Es darf nicht wieder geschehen, dass Menschenrechte nur in manchen Bereichen der Welt eingefordert werden, in anderen Fällen aber ignoriert oder geduldet werden (z. B. im Sudan oder in Kurdistan).

Wir selbst als Süddeutsche Konferenz der EmK verpflichten uns und rufen unsere Gemeinden auf,

- das Friedenszeugnis der Bibel und den Friedensauftrag Jesu neu zu entdecken und zu leben,
- der Logik der Gewalt und des Krieges zu widerstehen, selbst wo sie menschlich gesehen die einzige.) Handlungsmöglichkeit zu bieten scheint.
- auf allen Ebenen Möglichkeiten der gewaltfreien Konfliktlösung zu fordern und zu fördern, zu lernen und zu lehren, Das gilt vom Umgang mit Gewalt in unserer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen über alle Ebenen kirchlicher Bildungsarbeit bis zu deutlicher ideeller und materieller Unterstützung von zivilen Friedensdiensten (z. B. die Initiative „Schalomdiakoniat“, die Ausbildungsgänge für zivile Konfliktlösung und Gewaltfreiheit durchführt, die zur Arbeit in sozialen Brennpunkten und verschiedenen Konfliktgebieten befähigt.)
- dem Gebet für Frieden und Gerechtigkeit auch außerhalb akuter Krisen einen festen Platz in unserem Beten und unseren Gottesdiensten zugeben.
- die Wahrnehmungen, Einschätzungen und Ängste unserer Geschwister in den betroffenen Ländern zu hören und ernst zu nehmen, auch wo sie unseren Wahrnehmungen entgegenstehen, auch wenn unsere Informationen lückenhaft und unsere Einschätzungen subjektiv sind.
- Wege zu suchen, wie unsere Kirche als internationale Gemeinschaft auch in Zeiten des Krieges die durch Christus geschenkte Versöhnung zeichenhaft leben kann. Besonders wollen wir durch Fürbitte und ideelle wie materielle Unterstützung unsere Geschwister in dieser Region auf ihrem Weg begleiten.
- mit allen unseren Möglichkeiten den Leidtragenden dieses Krieges beizustehen, den Flüchtlingen, die bei uns Zuflucht suchen ebenso wie den Menschen, die vor Ort unter den Folgen des Krieges leiden.

Der StAGFS hat sich bereits am 8.5. in einem Brief an die Bundesregierung und die Fraktionen des Bundestags gewandt, die SJK hat ebenfalls eine Resolution an dieselben Adressaten verabschiedet. Auch diese Dokumente empfehlen wir zur Beschäftigung in den Gemeinden.

**Brief der Süddeutschen Jährlichen Konferenz an die Bundesregierung und die Fraktionen
des Deutschen Bundestags**

Die Süddeutsche Jährliche Konferenz (SJK) der Evangelisch-methodistischen Kirche (Synode) sieht es als ihre Aufgabe, zu wichtigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen Stellung zu nehmen. Darum hat sie sich auf ihrer diesjährigen Tagung mit dem Thema "Kinder und Armut" befasst. Zugleich sieht sie sich mit der Tatsache konfrontiert, dass Deutschland zum ersten Mal seit über 50 Jahren wieder in einen Krieg verwickelt war.

Bei den folgenden Überlegungen lässt sich die SJK von den Bekenntnisgrundlagen ihrer Kirche leiten: "Wir glauben, dass Krieg mit der Lehre und dem Beispiel Christi unvereinbar ist. Wir verwerfen deshalb den Krieg als Instrument der Politik. Wir bestehen darauf, dass es die wichtigste moralische Pflicht aller Staaten ist, alle zwischen ihnen aufkommenden Konflikte mit friedlichen Mitteln zu regeln." (Soziale Grundsätze der Evangelisch-methodistischen Kirche).

Die Ergebnisse dieses Krieges zeigen deutlich, dass die in Jugoslawien praktizierte militärische Gewalt Vertreibung und Mord nicht verhindern konnte. Wir sehen die Gefahr, dass sich die Akzeptanz des Krieges als Mittel der Politik in den Köpfen der Menschen ausbreitet. Zugleich sehen wir, wie der neue Auftrag für die Bundeswehr und neue NATO-Strategien durch militärische Konfliktlösung auf nationaler und internationaler Ebene in die Politik eingeführt werden.

Dazu können wir nicht schweigen. Wir fordern Sie daher auf

- eine öffentliche Diskussion über Rolle und Auftrag der Bundeswehr und NATO zu führen, auch auf dem Hintergrund grundgesetzlicher Vorgaben.
- in Zukunft diplomatische Lösungen mit mehr Nachdruck und Kompromissbereitschaft zu verfolgen, als es in den letzten Jahren geschehen ist, so dass nicht der Einsatz militärischer Mittel als einziger Ausweg übrigbleibt.
- die Nachkriegszeit zu benutzen, um den Aufbau von zivilen Friedensdiensten voranzubringen, bevor eine neue Vorkriegszeit beginnt.
- ein wirtschaftliches Aufbauprogramm, das der Gesamtbevölkerung in den vom Krieg betroffenen Balkanstaaten zu gute kommt, mit Nachdruck und wirkungsvoll zu unterstützen.
- einen spürbaren Teil des Verteidigungshaushalts für die Förderung gewaltfreier Konfliktlösungsstrategien im Rahmen unseres Landes, der EU, der OSZE und der UNO bereitzustellen.
- In Zukunft wieder allein der UNO ein Gewaltmonopol bei zwischenstaatlichen Konflikten und Menschenrechtsverletzungen ethnischer Gruppen einzuräumen.
- den Bündnispartner Türkei durch politischen Druck innerhalb der NATO zu veranlassen, dem Volk der Kurden die in der Menschenrechtscharta der UNO verbrieften Rechte zu gewähren.

Wir sind der festen Überzeugung, dass nur durch eine Politik vertrauensbildender Maßnahmen und nicht durch Gegengewalt ein friedliches Zusammenleben der Menschen auf Dauer ermöglicht werden kann.

Wir wollen uns verpflichten, in unseren Gemeinden Konzepte gewaltfreier Konfliktlösung zu verbreiten und zu erlernen. Bisher haben wir das zu wenig getan. Als internationale Kirche, die auch im Kosovo, in Serbien und Mazedonien Gemeinden hat, sehen wir es auch als unsere Aufgabe, Vertrauen zwischen Feinden aufzubauen und gemeinsam die Wege und die Logik des Friedens neu zu lernen.

Für diesen Weg zum Frieden wünschen wir Ihnen und uns Mut, Weisheit und Gottes Segen.